

Corrado Pardini

Präsident GKB, GL Unia, Nationalrat SP/BE

1. Mai 2014

(Rede, Version Münchenbuchsee)

Unsere Schweiz ist nicht die Blocher-Schweiz

Warum dieser 1. Mai kein gewöhnlicher 1. Mai ist

Guten Abend, liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Darf man das? Darf ich Euch im Jahr 2014 mit diesem schönen alten stolzen Gruss ansprechen? So von Genosse zu Genossin, auf gleicher Augenhöhe? Vor ein paar Jahren hätte ich Euch noch mit Liebe Freundinnen und Freunde begrüsst. Doch die Zeiten ändern sich: Heute Abend habe ich Lust auf Eure Genossenschaft.

Denn dieser 1. Mai ist kein Tag der Arbeitenden wie alle anderen.

Es ist der 1. Mai nach dem 9. Februar und vor dem 18. Mai.

Was am 9. Februar geschah, wisst Ihr noch. Nun stimmen wir, in zwei Wochen, über die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften ab. 22 Franken mindestens für jede Arbeitsstunde. Ich zähle fest auf Euer Ja. Denn es gibt einfach keinen einzigen glaubwürdigen Grund, den Mindestlohn abzulehnen. Aber eine Menge guter Gründe, ein kräftiges Ja

zu rufen. Besonders nach dem Ja zur Abschottung der Schweiz.

Denn seht Ihr: Als Gewerkschafter begegne ich diesen Gründen jeden Tag, in Fleisch und Blut. Es sind Menschen wie Franziska, mein Kumpel Fridu oder Piero. Sie arbeiten streng und viel und doch sind sie so schlecht bezahlt, dass sie Betteln gehen müssen. Ich sage mit Absicht: Betteln. Das ist ein böses Wort. Aber wer voll arbeitet und dann doch aufs Sozialamt muss, weil schon Mitte Monat zu viel Monat übrig bleibt, der fühlt sich oft so, als würde er Betteln gehen. Dabei wäre es in einer Schweiz, wie ich sie mir wünsche, sein unwiderrufliches Recht, genug Lohn zu bekommen, um davon leben zu können.

Am vergangenen Montag hat das Bundesamt für Statistik die neueste Lohnstrukturerhebung veröffentlicht. Seither ist es amtlich: Zwischen 2010 und 2012 sind die Reallöhne jener 10 Prozent, die schon am schlechtesten bezahlt werden, weiter gesunken. Die bestbezahlten 10 Prozent hingegen haben im Schnitt noch einmal 10 000 Franken im Jahr zugelegt. Die Lohnschere geht weiter auf, in der Schweiz. Übrigens auch zwischen Mann und Frau.

Doch diesen Kolleginnen und Kollegen, die in der Angst vor Mieterhöhung oder einer unerwarteten Zahnbehandlung leben müssen und die vielleicht auch gerne einmal in die Ferien fahren würden, sagen die Herren Bigler vom Gewerbeverband, Karrer von Economiesuisse oder Daum

vom Arbeitgeberverband: «Wenn's nicht reicht, können Sie Sozialhilfe beantragen. Unsere Aufgabe als Unternehmer ist es nicht, Ihre Existenz zu sichern. Darum soll sich der Staat kümmern.»

Diese Sätze, die wir dieser Tage oft hören, sollten wir uns einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wollen wir eine solche Schweiz?

Wie sagte schon Pestalozzi, der 1804 nach Münchenbuchsee kam: «Mildtätigkeit ist das Ersaufen des Rechts im Mistloch der Gnade.» Genau so ist es. Wir reden über ein Recht. Denn die erste Wahrheit der Ökonomie, *jeder* Form von Ökonomie heisst: Nur Arbeit schafft Wert. Zum Beispiel die Arbeit der Verkäuferinnen im Kleiderhandel. In der Branche, die von grossen Konzernen beherrscht wird, gibt es eine Regel, die heisst: Milliardär durch billig und schäbig. Billige Preise, schäbige Löhne. Ein paar Rappen für die Näherinnen in Bangladesh. Miese Löhne für die Verkäuferinnen in der Schweiz. Damit machen die Aktionäre riesige Haufen von Geld. Und am Ende muss die Verkäuferin auf die Gemeinde rennen und Miethilfe, Prämienverbilligungen, Sozialhilfe erbetteln. Ist das eine gute Ökonomie?

Ist es eine gute Ökonomie, wenn wir mit unseren Steuergeldern die Gewinne der Aktionäre und die Boni der Manager subventionieren?

Meine Antwort kennt Ihr. Mit diesen Männern teile ich nichts: Keine Werte. Kein Bild von der Schweiz. Ein Wirtschaftssystem, in dem die Menschen sich fleissig mühen und doch von ihrer Arbeit nicht leben können, hat seine wirtschaftliche und moralische Berechtigung verloren. Den Herren Karrer und Grübel, Vasella und Daum, Bigler und Dougan und wie sie alle heissen, sagen wir: Eure Zeit ist abgelaufen. Ihr seid die Auslaufmodelle einer Ordnung, in der sich das oberste eine Prozent alles nehmen konnte. Klammert euch ruhig noch an Boni, Privilegien und eure arroganten Gewissheiten. Ihr seid am Ende. Ihr seid Anhänger der toten Religion Neoliberalismus. Und ihr sollt wissen: Die Geschichte dreht gerade. Die kleine Geschichte der Politik. Aber auch die grosse Geschichte der sozialen Beziehungen.

Vielleicht ahnen diese Herren das bereits. Auch und gerade darum ist dieser 1. Mai kein Tag der Arbeitenden wie frühere.

Am letzten Weltwirtschaftsforum in Davos, dieser Monstersause für Weltenlenker, dominierte dieses Jahr ein Thema: Die wachsende Kluft der Löhne und Vermögen im Kapitalismus. Eine britische Organisation, Oxfam, hatte eigens für das WEF eine Studie angefertigt. Darin standen Zahlen wie: Die 85 reichsten Menschen besitzen gleich viel wie die 3,5 Milliarden Ärmsten. Oder: Vom neuen Aufschwung seit Beginn der Krise von 2007 hat sich das oberste 1 Prozent satte 95 Prozent gegriffen. Diese Ungleichheit, beklagten in Davos die Herrscher über Geld und Welt, sei künftig die grösste Gefahr für die Menschheit.

Sie fürchten Aufstände und Revolten. Ihre Nervosität hat sogar schon einen Namen: Thomas Piketty. Der 42jährige Piketty ist Professor an der Pariser Schule für Wirtschaft. Dort hat er die weltgrösste Datenbank mit Zahlen über Einkommen und Vermögen aus 200 Jahren und mehr als 20 Ländern zusammengetragen. Sein 1000-Seiten-Buch «Das Kapital im 21. Jahrhundert» mischt gerade die Diskussionen von Politik und Ökonomie mächtig auf. Obama, der US-Präsident, hat es kürzlich mit dem Papst diskutiert. Nobelpreisträger Krugman ist ein Fan. Und an Tagungen von Ökonomen gibt es kein heisseres Thema als Pikettys Buch.

Im Kern sagt Piketty: Der Kapitalismus ist gescheitert. Eine sehr schmale Schicht von Superreichen hat nicht nur den Besitz, sondern auch alle Macht konfisziert. Ihr Vermögen wächst schneller als die Einkommen. So mutiert die Demokratie zur Oligarchie. Das zerstört die Zukunft, die Lebenschancen von Generationen und das System selbst.

Der Pariser Ökonom behauptet all dies nicht – er belegt es, nach allen Regeln der ökonomischen Kunst. Das Buch und zigtausend Seiten Statistik und Formeln auf dem Netz erschienen schon 2013. Seither suchen die Vertreter des Turbokapitalismus darin nach einem Fehler. Ohne Erfolg.

Dass Pikettys Buch so interessierte Aufnahme findet, ist alles andere als banal. Denn der Wissenschaftler zerfetzt alles, was bisher als eiserne Doktrin galt: Etwa die irre Theorie, dass

freie Märkte automatisch zum Gleichgewicht neigen. Oder dass Ungleichheit notwendig sei, um die Konkurrenz anzutreiben.

Darum ist dieses Buch auch ein Symptom. Es zeigt eine Zeitenwende an. Wir stehen an diesem 1. Mai 2014 am Beginn eines Epochenbruchs.

Sogar der Internationale Währungsfonds, der mehr Ungleichheit, Hunger und Elend in die Welt gebracht hat als Attila und sämtliche Eroberer zusammen, billigte in einem internen Expertenpapier Pikettys Rezepte: Zurückverteilen durch massive Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen. Offenbar erschrickt selbst der IWF über die Welt, die er mitgeschaffen hat.

Nur in der Schweiz scheint alles seinen alten Gang zu gehen. Lohndumping. Abbau des öffentlichen Dienstes. Angriff auf die AHV. Steuersenkungen für die Unternehmen und die Reichen. Die Ökonomen stehen stramm.

Und wie jedes Jahr pünktlich zum 1. Mai erscheinen die üblichen Nachrufe auf die organisierte Arbeiterschaft, das übliche Gewerkschafter-Bashing. Angeblich gehören wir einer vergangen Welt an.

Interessant, wie die veröffentlichte Meinung wieder einmal Verspätung auf die Wirklichkeit hat. Tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft geschehen meist lange

bevor sie der Mainstream entdeckt. In Wahrheit geht es auch in der Schweiz längst um fairen Lohn, gerechte Verteilung, soziale Sicherheit. Die Arbeit rückt in die Mitte der Politik – und genau da gehört sie hin. Das sind unsere Themen, unsere Forderungen. An Gewerkschaftsthemen wird sich die Zukunft des Landes entscheiden.

Auch darum sollten wir, liebe Genossinnen und Genossen, den 1. Mai dazu nutzen, unsere Schweiz zu skizzieren – gegen die Schweiz der Oligarchen.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind gewissermassen Experten in Sachen Ungleichheit. Der Grund ist einfach: Am Anfang stand, nach 1985, die systematische Aufkündigung des alten Sozialpaktes durch die Arbeitgeber. Zeitweise haben die Aktionäre sogar die Gesamtarbeitsverträge und die Gewerkschaften selbst in Frage gestellt. Wir standen zuvorderst. Wir haben entgegengehalten. Manchmal mussten wir weichen. Manchmal haben wir gewonnen, etwa als wir das Saisonierstatut kippen konnten.

Das war auch für meine Biographie ein wichtiger Tag. Im zweiten Jahr meiner Maschinenschlosser-Lehre bei der Wifag hatte mir ein SMUV-Funktionär den Einzug in die Betriebskommission verwehrt, weil ich ein Italienerkind war. Damals waren viele Gewerkschafter noch fremdenfeindlich. Sie haben dazugelernt. Es war ein langer Weg, für uns, für die ganze schweizerische Gesellschaft. Heute bin ich stolz, der

Gewerkschaft Unia und der höchsten Versammlung des Landes anzugehören.

Aber ich habe in den letzten Jahren auch erlebt, wie immer mehr soziale Kälte in die Gesellschaft einzog.

Der 9. Februar steht genau dafür. Wenn die verfügbare Kaufkraft der halben Bevölkerung rückläufig ist, wenn die Patrons und ihre Politiker die Abrissbagger an die Sozialwerke setzen, wenn die Arbeitgeber und der Bundesrat den Lohnschutz und den Ausbau der Flankierenden Massnahmen verweigern, wird daraus Angst. Und aus Angst Abschottung.

Wir erleben diese Demontage in unserem gewerkschaftlichen Alltag bis ins Feinstoffliche hinein. Im Frühsommer 2013 haben wir mit dem Arbeitgeberverband Swissmem über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag gestritten. Das ist ein wichtiger GAV, er wurde seit dem Friedensabkommen von 1937 immer wieder fortgesetzt. Diesmal wollten wir Mindestlöhne in den GAV schreiben. Nicht nur einen Mindestlohn, sondern auch Mindestlöhne für Qualifizierte. Denn gerade in diesen Berufsgruppen stehen die Löhne seit einigen Jahren unter Druck. Wir haben die Swissmem auf die Gefahr Abschottungsinitiative aufmerksam gemacht. Es war ihnen egal. Sie krallten sich ans Dogma: Niemals Mindestlöhne im GAV. Sie liessen es drauf ankommen. Am Ende mussten wir bis zum Bruch der Verhandlungen gehen, um die Arbeitgeber in eine Mediation zu zwingen.

Heute führen die Patrons mit ganzem Einsatz eine Kampagne gegen den Mindestlohn 4000 Franken. Auch diesmal geht es ums Dogma, nicht um die Ökonomie. Was würde es die Wirtschaft kosten, den 330 000 Schlechtbezahlten einen etwas faireren Mindestlohn auszuzahlen? Was schätzt Ihr? Die Lohnsumme würde sich gerade um 0,4 Prozent erhöhen. Und die Gesamtkosten für die Unternehmen um 1,6 Promille. Es wäre eine Mini-Anstrengung der Wirtschaft. Für die Schlechtbezahlten aber ein grosser Schritt aus Not und Zwängen.

Dass sich die Wirtschaft wider alle ökonomische Vernunft dieser kleinen Lohnerhöhung verweigert, ist Klassenkampf von oben. Ich nenne es den 1,6-Promille-Skandal.

Umso blindwütiger schlagen Unternehmerverbände und Bürgerliche in diesem Abstimmungskampf um sich. Nicht nur mit erfundenen Daten und hirnrissigen Argumenten. Am Sonntag veröffentliche die FDP in ihrer NZZ eine Karrikatur, die einen Unia-Mann als hässliche Fratze zeigt, dunkelhäutig, schwitzend und böseartig. Natürlich mit der typischen Hakennase. Kurzum: Der Fremde, der Bedrohliche, der die Schweiz durch den Fleischwolf dreht. Typ «Araber» oder «Jude». So hätte uns die Nazi-Zeitung «Der Stürmer» gezeichnet.

Und dies für 1,6 Promille mehr Profit. Da schliesst sich ein Kreis. Am 9. Februar dachte eine Mehrheit der stimmenden

Bürgerinnen und Bürger, sie könne sich durch Abschottung vor dem Nachbarn, vor dem Fremden, aus der sozialen Kälte retten. Es war ein tragisches Missverständnis. Nicht *mehr* Sicherheit wollte die SVP, sondern mehr *Unsicherheit*. Es war ein Angriff auf die Arbeitenden, alle Arbeitenden, Inländer wie Ausländer. Vom mächtigen Oligarchen Blocher mit seinem riesigen Vermögen von 4,2 Milliarden inszeniert. Denn Blocher weiss: «Wir von der Wirtschaft bekommen alle Ausländer, die wir brauchen.» Wenn nicht aus Europa, dann aus Kambodscha. Kontingente und ein neues Saisonierstatut aber machen diese Arbeiterinnen und Arbeiter rechtlos. Schutzlos. Jeder Willkür ausgesetzt. Das drückt die Löhne, die Löhne aller. Und schwächt den Schutz und die Rechte aller Arbeitenden.

Blocher will eine Tieflohnschweiz, für sich und seine Oligarchen-Freunde. Er will eine Schweiz ohne organisierte Arbeitende, ohne Gewerkschaften, ohne GAV. Wie in seinem Ems-Konzern. Er baut sich ein Medienimperium, wie Berlusconi. Die Schweiz der Blochers ist ein Land, in dem sich das reichste 1 Prozent alles nimmt. Eine sozial kalte, autoritär geführte, angststarre Schweiz.

Wir stehen für die andere Schweiz. Die Schweiz der Arbeitenden, der sozialen Sicherheit, gerechter Löhne und besserer Chancen für die Jungen. Die kluge, innovative Schweiz, die prosperiert, die gut zu leben weiss und Ideen für die Zukunft hat. Die Schweiz der 99 Prozent. Souverän sind

wir, wenn uns weder wirtschaftlicher Zwang noch eine allmächtige Wirtschaftsoligarchie unter der Knute hält.

Darum geht es. Welche Schweiz wollen wir? Die Blocher-Schweiz oder die freie, soziale Schweiz? Ich habe es Blocher im Berner Volkshaus öffentlich versprochen: «Sie und Ihre Schweiz werden nicht gewinnen. Sie sind schon Vergangenheit.»

Uns trägt an diesem 1. Mai der Wind einer neuen Epoche.